

übrigen Überseeländer stagniert wegen der Zahlungsschwierigkeiten und der ungenügenden Pflege der unterentwickelten Märkte.

In der *Einfuhr* ist von einer weiteren Intensivierung des *EFTA-Handels* vorläufig wenig zu bemerken. Die Steigerung der Importe kam nicht annähernd an die hohe Expansionsrate des Vorjahrs (+28%) heran. Im III. Quartal lag sie nur knapp über 8%, wobei allerdings die allgemeine Verflachung der Importentwicklung zu berücksichtigen ist. Die *Einfuhr aus der EWG*, die durch den hohen Fertigwarenbedarf begünstigt wird, expandierte im I. und III. Quartal rascher als die Einfuhr aus den EFTA-Ländern. Insbesondere die *Bundesrepublik Deutschland* konnte ihren Anteil am österreichi-

schen Import weiter erhöhen. Er erreichte im III. Quartal 43,3% (III. Quartal 1960: 39,5%, III. Quartal 1959: 39,4%)

Der geringe Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Halbfertigwaren drückte die *Einfuhr aus Osteuropa und Übersee*. Im III. Quartal wurde ebenso wie im II. Quartal aus Osteuropa und den USA weniger importiert als im Vorjahr, nachdem im I. Quartal die Vorjahrsergebnisse noch bei weitem überschritten worden waren. Die Importe aus den USA fielen besonders stark, vom I. bis zum III. Quartal 1961 um 37%. Der Anteil der USA am österreichischen Import ging von 7,3% (1960) und 6,7% (1. Halbjahr 1961) auf 5,0% (III. Quartal) zurück.

Die internationale Konjunktur

Anhaltendes, aber stark verlangsamtes Wachstum

Die westeuropäische Wirtschaft begann sich um die Mitte 1959 aus der Stagnation von 1958 zu lösen. Es folgte ein steiler Konjunkturaufschwung, der das ganze Jahr 1960 hindurch anhielt. Ende 1960 waren die Reserven an ungenutzten Kapazitäten und Arbeitskräften in den meisten Staaten weitgehend erschöpft. Wie zu erwarten war, konnten 1961 die Wachstumsraten von 1960 nicht gehalten werden. Die Expansion ist im I. Halbjahr 1961 sichtlich schwächer geworden, seit dem Sommer hat sie sich weiter verlangsamt. 1960 hatten die Wachstumsraten der industriellen Produktion in den westeuropäischen Staaten zum Teil 10% überschritten, aber durchwegs (von Großbritannien abgesehen) mehr als 7% betragen, bis zum III. Quartal 1961

sind sie auf weniger als 5% (vorwiegend 3% bis 4%) gesunken.

Von diesem allgemeinen Bild weichen unter den führenden Industrienationen Westeuropas nur zwei Staaten ab: Italien und Großbritannien. Italiens Industrieproduktion, die schon 1960 mit einer Expansion von 15% (gegen 1959) mit Abstand an der Spitze lag, weitete sich zu Herbstbeginn noch sehr kräftig aus; die Wachstumsrate ist allerdings ebenfalls gesunken. Aber auch im III. Quartal war der Zuwachs gegen das Vorjahr mit rd. 8% noch immer etwa doppelt so hoch wie in den anderen Ländern. Italiens Sonderstellung erklärt sich primär aus dem reichlicheren Angebot an Arbeitskräften. Obwohl sich die Zahl der Arbeitslosen durch Abwanderung und Beschäftigungszunahme in den letzten Jahren vermindert hat, betrug sie zur Jahresmitte noch immer 1,283.000 (Juni 1960: 1,406.000). In manchen Industriezweigen werden allerdings Facharbeiter schon knapp. Infolge der hohen Arbeitskraftreserven konzentrierte sich die rege italienische Investitionstätigkeit nicht so sehr auf Rationalisierungsinvestitionen wie in den anderen westeuropäischen Staaten. Es besteht mehr Spielraum für Erweiterungsinvestitionen und es entstehen zahlreiche neue Betriebe. Die wachsende Güterproduktion findet dank der Hochkonjunktur in den unter Kapazitätsengpässen leidenden Län-

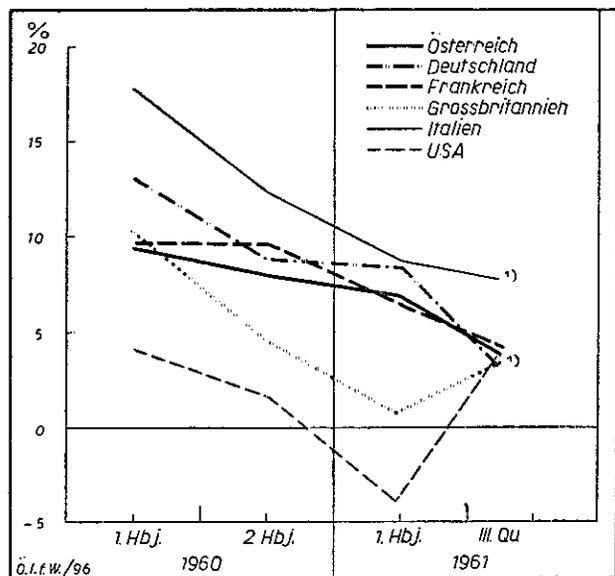
Das Wachstum der Industrieproduktion

	1960		1961	
	1. Hbj.	2. Hbj.	1. Hbj.	III. Qu.
	Zunahme gegenüber dem Vorjahr in %			
Österreich	9,5	7,9	6,9	3,9
Bundesrepublik Deutschland	13,0	8,8	8,3	3,0
Frankreich	9,6	9,7	6,6	4,1
Großbritannien	10,3	4,4	0,6	2,2
Italien	17,8	13,4	8,9	7,8 ¹⁾
Niederlande	15,1	11,0	3,6	-0,9
Norwegen	10,0	8,0	6,5	4,9
Schweden	6,8	6,7	5,9	2,6
USA	4,2	1,6	-3,9	3,7
Kanada	3,7	-1,2	-0,5	5,0

Q: General Statistics 1961 Nr. 11, Part I; UN Commission for Europe. Statistical Indicators 1961, Nr. 10 — 4) Juli/August

Langsameres Wachstum der westeuropäischen Industrieproduktion

(Normaler Maßstab; Veränderung gegen das Vorjahr in %)



Das Tempo der wirtschaftlichen Expansion in Westeuropa hat im Laufe des Jahres 1961 rasch abgenommen. Im III. Quartal betrug die Zuwachsraten der Industrieproduktion (gegen das Vorjahr) in den meisten Staaten nur noch 3% bis 4% gegen 10% und mehr im 1. Halbjahr 1960. Eine Ausnahme bildet Italien, das infolge der größeren Arbeitskraftreserven höhere Wachstumsraten erzielt als die anderen Staaten. Der Hauptgrund für das langsamere Wachsen ist die volle Ausschöpfung der Kapazitäts- und Arbeitskraftreserven. Daneben treten aber vereinzelt auch Störungen von der Nachfrageseite her auf.

den verhältnismäßig leicht Absatz; Italiens Exporte waren Juli/August um ein Fünftel höher als ein Jahr zuvor. Neben dem Außenhandel gibt auch der Inlandskonsum der italienischen Wirtschaft überall Impulse. Wachsende Beschäftigung und steigende Löhne führen in Italien zu jenen typischen Konsumwellen im Bereich der dauerhaften Güter, die in reicheren Staaten bereits ihren Höhepunkt überschritten haben. Im III. Quartal 1961

Italienische Wirtschaftszahlen

	Ø 1 HbJ.	1961			Letzte verfügbare Periode im Jahre 1961 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrsperiode in %
		Juli	August	Sept.	
Industrieproduktion 1953=100	195	208	163		+ 5,8
Industriebeschäftigung 1 000 Personen	1.953 ¹⁾				+ 6,4
Arbeitslose 1 000 Personen	1.479				- 10,0
Export Mrd. Lire	203	235	217		+ 20,6
Detailhandelsumsätze 1955=100	173,6	188,8			+ 14,8
Stundenlöhne in der Industrie 1938=1	96,78	98,22	98,89	98,89	+ 4,3
Gold- und Devisenreserven Mill. \$	2.983	3.232			+ 8,0

¹⁾ Ø Jänner/April.

war der Absatz von elektrischen Haushaltgeräten (in Kaufhäusern) in Italien um 22% höher als vor einem Jahr; im September wurden um 31% mehr Personenkraftwagen neu angemeldet als im September 1960.

Großbritannien hatte schon in früheren Jahren Wachstumsorgen. Zahlungsbilanzschwierigkeiten zwangen die englische Regierung von Zeit zu Zeit, aus außenwirtschaftlichen Überlegungen die heimische Wirtschaftsaktivität zu drosseln. Nach einem verhältnismäßig kräftigen Wachstum im Jahre 1960 geriet die englische Wirtschaft 1961 in neue Schwierigkeiten. Das Wachsen der Industrieproduktion hörte im 1. Halbjahr 1961 nahezu auf. Eine schwere Krise des Vertrauens in das Pfund Sterling und das inflationistische Klima machten es der Regierung unmöglich, die Wirtschaft durch expansionistische Impulse zu beleben. Im Sommer wurden drastischere Maßnahmen ergriffen. Am 25. Juli verkündete die englische Regierung ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm, das eine Basis für ein kräftigeres langfristiges Wachstum bei ausgeglichener Zahlungsbilanz schaffen soll. Der Diskontsatz wurde von 5% auf 7% erhöht, der Kreditspielraum der Banken eingeschränkt. Stabile Löhne und Gehälter, Erhöhung der Verbrauchsteuern und Einschränkung der Regierungsausgaben sollen die Inlandsnachfrage drosseln, die Expansion der stagnierenden Exporte hingegen sollen Krediterleichterungen und der Ausbau des Exportkreditgarantiesystems ankurbeln. Zur Stützung dieses Sanierungsprogramms erhielt Großbritannien am 4. August vom Internationalen Währungsfonds 2 Mrd. \$ (1,5 Mrd. \$ unmittelbar verfügbar, 0,5 Mrd. \$ als Stand-by-Kredit für die folgenden zwölf Monate).

Als unmittelbare Folge dieser Maßnahmen konnte die Vertrauenskrise überwunden und das Pfund Sterling rasch gefestigt werden. Schon im Oktober wurden 280 Mill. \$ des Währungsfonds-kredits und Ende November weitere 140 Mill. \$ zurückgezahlt. Einige der Notmaßnahmen vom Juli wurden gelockert; die Diskontrate ist am 5. Oktober auf 6,5% und am 2. November auf 6% gesenkt worden. Dadurch sollte allerdings nicht so sehr die Kreditaufnahme im Inland erleichtert, als vielmehr verhindert werden, daß durch die hohen Zinsen zu viel „heißes“ internationales Kapital angelockt würde. Die Wirtschaft zeigte erste Anzeichen einer Belebung. Die Zuwachsraten der Produktion war (im Gegensatz zu den anderen Staaten) im III. Quartal 1961 etwas höher als im 1. Halbjahr; die Exporte erreichten im Oktober (319 Mill. £) den höchsten

Stand seit April. Die Fortschritte sind aber noch gering und es ist fraglich, ob bereits der entscheidende Schritt zu einem störungsfreien, beschleunigten Wachstum gelungen ist. Die Bemühungen der Regierung, in einer neu zu schaffenden Planungsbehörde (zum Teil nach französischem Muster) ein längerfristiges Wirtschaftskonzept auszuarbeiten, hatten bisher infolge der divergierenden Zielsetzungen der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen noch keinen Erfolg.

Ursachen der reibungslosen Umstellung auf ein langsames Wachstum

Die westeuropäische Wirtschaft konnte sich ohne besondere Schwierigkeiten von den hohen Wachstumsraten des Jahres 1960 auf die bedeutend geringeren des 2. Halbjahres 1961 umstellen. Das war nicht ohne weiteres zu erwarten. Denn der Übergang von einer Periode stürmischen konjunkturellen Wachstums zu einer schwach expandierenden vollausgelasteten Wirtschaft birgt fast stets Schwierigkeiten und Gefahren in sich. In der Aufschwungsperiode stehen freie Kapazitäten und (arbeitslose oder umschichtbare) Arbeitskräfte zur Verfügung, die ein rasches, breit gestreutes Wachstum der Wirtschaft ermöglichen. In diesem Klima einer kräftig wachsenden Wirtschaft und mit rasch zunehmender Nachfrage treten Absatzsorgen in den Hintergrund und selbst hochgespannte Profiterwartungen erfüllen sich. Wenn dann jedoch die Kapazitäten voll ausgelastet sind und die Arbeitskräfte knapp werden, sind dem realen Wachstum engere Grenzen gesetzt. Die steile Wachstumskurve verflacht und die einzelnen Wirtschaftszweige müssen sich auf eine Situation umstellen, in der sich die Absatzchancen nicht mehr jährlich nahezu automatisch um einen beträchtlichen Prozentsatz erhöhen. Die geringeren Expansionschancen können unter Umständen depressive Tendenzen auslösen. Wenn dies der Fall ist, dann folgt dem Konjunkturaufschwung eine Stagnations- oder Rezessionsperiode.

Daß diese Klippen heuer verhältnismäßig erfolgreich umschiffert werden konnten, ist dem Wirken mehrerer expansiver Faktoren zu danken. Zunächst haben die *Investitionen* und der *private Konsum* eine große Beständigkeit gezeigt. Investitions- und Konsumpläne sind, zum Teil durch das Inflationsklima angeregt, derzeit meist auf längere Sicht orientiert, so daß auf eine Änderung der Wirtschaftslage nicht unmittelbar reagiert wird. Diese Stetigkeit des privaten Sektors (und insbesondere der privaten Investitionen) wurde auch von

der Verschlechterung der internationalen politischen Lage kaum berührt. Gleichzeitig wurden jedoch mit den wachsenden politischen Spannungen in den meisten Ländern die Militärausgaben erhöht, wodurch der an und für sich steigende Trend der *öffentlichen Ausgaben* einen zusätzlichen Auftrieb erhielt. So wird z. B. in den USA im laufenden Budgetjahr (1961/62) an die Stelle eines geplanten Überschusses von 15 Mrd. \$ voraussichtlich ein Defizit von 6,9 Mrd. \$ (das zweithöchste der Nachkriegszeit) treten. In ähnlicher Weise wachsen die Staatsausgaben in Westeuropa und kompensieren depressive Einflüsse, die von einzelnen Teilen des privaten Sektors ausgehen mögen.

Die *Erholung der nordamerikanischen Wirtschaft* hat sehr dazu beigetragen, daß die Expansion in Westeuropa, wenn auch verlangsamt, anhält. Die US-Rezession von 1960 war nicht so stark gewesen, daß sie den kräftigen westeuropäischen Boom hätte bremsen können; die neue Belebung der amerikanischen Wirtschaft kam gerade zurecht, der europäischen Wirtschaft am Wendepunkt dieses Booms neue Impulse zu geben. Seit ihrem Tiefpunkt im I. Quartal dieses Jahres vermehrte die amerikanische Wirtschaft stetig das Brutto-Sozialprodukt von einer Jahresrate von 501 Mrd. \$ auf 516 Mrd. \$ im II. und auf 526 Mrd. \$ im III. Quartal. Für das IV. Quartal wird eine Jahresrate von 540 Mrd. \$ erwartet. Der bisherige Höchstwert vom II. Quartal 1960 wurde bereits im II. Quartal 1961 überboten.

Schwerpunkt der amerikanischen Expansion waren Lagerauffüllungen, höhere Rüstungsaufträge und mehr Ausgaben für Dienstleistungen. Da sich die zusätzlichen Konsumentenausgaben vor allem auf diese konzentrieren, ist der Aufschwung der industriellen Produktion seit dem Sommer uneinheitlich und relativ langsam. Vom Tiefpunkt im Februar bis zum Oktober stieg der (saisonbereinigte)

Konjunkturrückgang und Konjunkturerholung in den USA

Rezession	Indexstand ¹⁾ am Konjunktur-		Rückgang in %	Indexstand ¹⁾ 8 Monate nach dem Tiefpunkt	Zunahme in %
	höhepunkt	-tiefpunkt			
1948/49 ²⁾	69	62 (63)	10 (9)	75 (69)	21 (10)
1953/54	94	84	11	88	5
1957/58	102	87	15	100	15
1960/61	111	102	8	113	11

¹⁾ Saisonbereinigter Industrieproduktionsindex des Federal Reserve Board, 1957=100
²⁾ In der Rezession 1948/49 sank der saisonbereinigte Index bis auf 63 im Juli 1949, stieg auf 64 und 65 in den beiden folgenden Monaten und fiel im Oktober noch einmal vorübergehend auf 62. Nimmt man diese letztere Zahl als Tiefpunkt, so gleitet der Aufschwung innerhalb der nächsten acht Monate direkt in den außerordentlichen Korea-Boom über und man erhält einen abnormal steilen Konjunkturanstieg (nicht eingeklammerte Zahlen). Sieht man jedoch das Oktoberergebnis als zufällige Störung an und setzt man den Tiefpunkt auf den Juli, dann paßt sich der Konjunkturverlauf 1948/49 in das allgemeine Bild ein (eingeklammerte Zahlen).

Produktionsindex um 11% Das ist etwas weniger als der Aufschwung in den ersten acht Monaten nach der Rezession von 1957/58, doch war damals der Rückschlag weit heftiger gewesen.

Mit der Erholung in den USA, die auch Kanada aus seiner Rezession löste, haben sich die westeuropäischen Absatzchancen in Nordamerika wieder gebessert Die *Exporte der OEEC-Staaten nach den USA und Kanada* sind — von saisonmäßigen Schwankungen abgesehen — seit der zweiten Hälfte 1959 ständig zurückgegangen. Im II Quartal 1961 jedoch stieg die Ausfuhr von einem Monatsdurchschnitt von 361 Mill \$ (im I. Quartal) auf 408 Mill \$. Das war zwar noch immer etwa 2 1/2% weniger als ein Jahr vorher, aber ein deutliches Anzeichen einer Tendenzumkehr. Der Anteil Nordamerikas am westeuropäischen Export, der von 12 1% im Jahre 1959 ständig bis auf 8 3% im I. Quartal 1961 gesunken war, stieg im II. Quartal auf 9 2%.

Die Außenwirtschaft wird aber nicht nur von den besseren Absatzbedingungen in Nordamerika angeregt. Auch in andere Regionen konnte die Ausfuhr ausgedehnt werden. Im III. Quartal 1961 waren die *Exporte von neun wichtigen westeuropäischen Staaten* (Österreich, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz) um

Die westeuropäische Ausfuhr nach den USA und Kanada

Zeit	Monatsdurchschnitt in Mill \$	1959=100	Anteil an der gesamten westeuropäischen Ausfuhr in %
1959	441	100	12 1
1960 I Qu	459	104	11 1
II Qu	418	95	10 2
III Qu	379	86	9 6
IV Qu	423	96	9 4
1961 I Qu	361	82	8 3
II Qu	408	93	9 2

11% größer als im III. Quartal 1960. In den meisten westeuropäischen Staaten hatte auch die Verbesserung des Handelsbilanzsaldos und eine Entspannung der Zahlungsbilanz den Expansionsprozeß begünstigt und den Liquiditätsspielraum für konjunkturpolitische Maßnahmen erweitert. Gute Ernten 1960/61, stabile Rohstoffpreise — *Moody's Index* der Rohstoffpreise war im September um 4% höher, *Reuter's Index* um 1/2% niedriger als ein Jahr zuvor — und die Zunahme der Inlandsproduktion ließen die Importe (im Gegensatz zu 1960) im allgemeinen langsamer wachsen als die Exporte. Von den neun genannten westeuropäischen Staaten hatten im III. Quartal sechs einen günstigeren Handelsbilanzsaldo als vor einem Jahr (Ausnahmen: Niederlande, Norwegen, Schweiz). Für alle neun Staaten zusammen hatte sich der monatsdurchschnittliche Einfuhrüberschuß von 370 Mill. \$

Die Entwicklung des Außenhandels

Zeit	Österreich			Bundesrep. Deutschland			Frankreich			Großbritannien		
	E	A	H	E	A	H	E	A	H	E	A	H
Monatsdurchschnitte in Mill. \$												
1960 I. Quartal	111	86	- 25	794	907	+113	540	603	+ 63	1 050	892	-158
II	115	94	- 21	844	914	+ 70	526	562	+ 36	1 065	871	-194
III	118	95	- 23	824	916	+ 92	488	515	+ 27	1 044	794	-250
IV	129	99	- 30	925	1 070	+145	540	609	+ 69	1 094	875	-219
1961 I	126	93	- 33	828	992	+164	555	593	+ 38	1 079	911	-168
II	119	101	- 18	922	1 073	+151	586	607	+ 21	1 041	909	-132
III	123	103	- 20	900	1 050	+150	496	560	+ 64	982	854	-128
Monatsdurchschnitte in Mill. \$												
Italien												
Niederlande												
Norwegen												
Schweden												
1960 I. Quartal	388	294	- 94	370	326	- 44	119	75	- 44	245	203	- 42
II	391	307	- 84	369	321	- 48	127	72	- 55	229	206	- 23
III	392	308	- 84	371	333	- 38	115	68	- 47	220	207	- 13
IV	412	314	- 98	400	363	- 37	126	78	- 48	264	239	- 25
1961 I	436	325	-111	431	359	- 72	128	77	- 51	241	210	- 31
II	443	331	-112	422	340	- 82	152	75	- 77	236	230	- 6
III	424	362	- 62	408	62	- 47	128	79	- 49	229	225	- 4
Monatsdurchschnitte in Mill. \$												
Schweiz												
USA												
Summe der 10 Länder												
1960 I. Quartal	166	142	- 24	1 272	1 612	+340	5 055	5 140	+ 85			
II	187	150	- 37	1 265	1 761	+496	5 118	5 258	+140			
III	188	154	- 34	1 183	1 637	+454	4 943	5 027	+ 84			
IV	204	182	- 22	1 164	1 757	+593	5 258	5 586	+328			
1961 I	215	159	- 56	1 128	1 727	+599	5 167	5 446	+279			
II	222	163	- 59	1 141	1 697	+556	5 284	5 526	+242			
III	222	167	- 55	1 246 ¹⁾	1 625 ²⁾	+379 ³⁾	5 158 ²⁾	5 386 ²⁾	+228 ²⁾			

E = Einfuhr; A = Ausfuhr; H = Handelsbilanzsaldo (- Einfuhrüberschuß, + Ausfuhrüberschuß). -¹⁾ 7 Juli/August. -²⁾ Vorläufig

(III. Quartal 1960) auf 151 Mill. \$ (III. Quartal 1961) ermäßigt. Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet trotz der Aufwertung der D-Mark weiterhin ein hohes Handels- und Zahlungsbilanz-Aktivum; in den Niederlanden hingegen hat die Aufwertung des Guldens wie erwartet eine Erhöhung der Einfuhrüberschüsse nach sich gezogen.

Die Kehrseite der günstigen Zahlungsbilanzlage in Westeuropa sind die anhaltenden Schwierigkeiten der *unterentwickelten Länder*. Sie haben hohen Einfuhrbedarf an Kapitalgütern und anderen Waren, können aber ihr steigendes Rohstoffangebot in den Industriestaaten nur schleppend und teilweise nur zu gedrückten Preisen absetzen. Nachdem es den unterentwickelten Ländern 1958 und 1959 gelungen war, ihren Anteil am Welthandel einigermaßen zu stabilisieren, verloren sie ab 1960 (wie schon in früheren Jahren) *relativ* weiter an Boden. Der Anteil der weniger industrialisierten Staaten und der Ostblockländer (alle Staaten ohne OECD-Europa, USA und Kanada) an den Importen Westeuropas sank von 37% im Jahre 1959 und 34% im Jahre 1960 auf weniger als ein Drittel in der ersten Hälfte dieses Jahres. Da sich der Handel mit Japan, den Ostblockstaaten und den Erdöl produzierenden Ländern verhältnismäßig gut hielt, konzentrieren sich die Absatzschwierigkeiten vor allem auf die Exporteure von Agrarprodukten und gewissen mineralischen Rohstoffen.

Sinkender Importanteil der überseeischen Rohstoffstaaten

Zeit	OECE-Importe		Spalte 2 in % der Spalte 1
	Insgesamt	Ohne OECE- Europa, USA und Kanada	
	Monatsdurchschnitte in Mill. \$		
1959	3.893	1.440	37,0
1960	4.611	1.583	34,3
1961 I (Hj 1)	4.895	1.616	33,0

¹⁾ Jänner/Mai saisonbereinigt.

Weiteres ungestörtes Wachstum nicht gesichert

Wiewohl sich der Übergang zu niedrigeren Wachstumsraten bisher ziemlich reibungslos vollzogen hat und die Verlangsamung des Wachstums vorwiegend produktionsbedingt war, machen sich doch vereinzelt Stagnationstendenzen bemerkbar, die unter Umständen das weitere Wachstum auch von der Nachfrageseite her einengen könnten.

Ein merklicher Bruch in der Konjunktorentwicklung ist vorläufig nur auf dem Stahlmarkt erkennbar. Seit Jahresmitte mehren sich die Absatzschwierigkeiten für gewisse Walzwaren und die Preise geben nach. Die Stahlwerke haben rasch auf

den Rückgang der Auftragseingänge reagiert, um einen stärkeren Preisverfall zu verhüten. Die Erzeugung von Rohstahl in den EWG-Staaten war in den Monaten August bis Oktober um 3% niedriger als in der gleichen Periode des Jahres 1960, hauptsächlich da sie in Deutschland stärker eingeschränkt wurde (-7,8%). Im November folgten die belgischen und luxemburgischen Stahlwerke mit Beschlüssen, ihre Kapazitätsausnutzung von 95% bis 98% auf 87% zu senken und Ende November erklärten Funktionäre der Hohen Behörde, daß die Stahlindustrien der EWG-Staaten beabsichtigen, ihre Produktion um 20% zu reduzieren, das gegenwärtige Preisniveau aber zu halten. Ähnlich ist die Entwicklung in anderen stahlproduzierenden Ländern. In England war die Stahlproduktion im III. Quartal um 14%, im Oktober — allerdings auch infolge von Arbeitskonflikten — sogar um 23% niedriger als im Vorjahr. Die Kapazitätsausnutzung beträgt 77%. In den USA war die Stahlproduktion trotz steigender Tendenz bis Anfang November noch immer um 7% niedriger als Jänner/Oktober 1960.

Die Erzeugung von Rohstahl in den EWG-Staaten

Monat	1960	1961
	1 000 t	
August	5.973	5.864
September	6.278	6.013
Oktober	6.426	6.241
Jänner/Oktober	60.807	61.771

Die Schwierigkeiten im westeuropäischen Stahlabsatz erklären sich nicht aus einem merklichen Rückgang des Stahlverbrauchs. Sättigungserscheinungen in einzelnen Branchen (Autoindustrie, Schiffsbau) haben nur die Nachfragesteigerung stark verlangsamt, andererseits sind aber die Kapazitäten seit 1959 sehr rasch gewachsen. In der Eisen- und Stahlindustrie der EWG-Staaten stieg der Investitionsaufwand von 587 Mill. \$ (1959) auf 785 Mill. \$ (1960). Für 1961 war eine weitere kräftige Steigerung auf 1.256 Mill. \$ geplant, die sicher zu einem großen Teil auch ausgeführt wurde. Besonders stark nahmen die Investitionen der Walz-

Die Investitionsaufwendungen der Eisen- und Stahlindustrie in den Ländern der Montanunion

Zeit	Gesamtinvestitionen	Walzwerke
	Mill. \$	
Ø 1956/1958	640,54	244,76
1959	586,59	198,64
1960	784,96	359,93
1961 ¹⁾	1.256,17	588,05
1962 ²⁾	1.193,57	601,62

Q: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, „Die Investitionen in den Kohle- und Stahlindustrien der Gemeinschaft“, Juli 1961 — ¹⁾ Vorgesehene Aufwendungen (in Angriff genommene, beschlossene und geplante Investitionen).

werke zu, von weniger als 200 Mill. \$ (1959) auf 360 Mill. \$ (1960) und geplante Ausgaben von 588 Mill. \$ (1961).

Die Unterschiede in der Zunahme von Leistungsvermögen der Stahlwerke und Nachfrage haben Spannungen hervorgerufen, die nun Lagerabbau und Produktionseinschränkungen nach sich ziehen. Die Aufhol- und Wiederaufbauphase der europäischen Wirtschaft ist endgültig abgeschlossen und es beginnen Entwicklungen, die in Amerika — in Form von Lagerzyklen — schon früher und stärker festgestellt werden konnten. Vorläufig sind in der Stahlindustrie noch keine einschneidenden Maßnahmen notwendig. Sie wird entweder ihr Investitionsprogramm einschränken oder im Hinblick auf die langfristige Entwicklung fortführen, woraus aber in gewissen Abständen wieder Diskrepanzen zwischen Nachfrage- und Kapazitätsentwicklung entstehen können. In beiden Fällen könnte der weitere Konjunkturablauf gestört werden.

Diese Gefahr ist allerdings nicht sehr groß, solange Lagerzyklen und Spannungen auf eine Branche beschränkt bleiben. Gewisse Dämpfungerscheinungen lassen sich jedoch auch in anderen Branchen erkennen. So hat die Fahrzeugindustrie Absatzschwierigkeiten. Im Durchschnitt der ersten neun Monate dieses Jahres erzeugten die westeuropäischen Staaten 365.000 Pkw gegen 409.000 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ähnliche Tendenzen gibt es bei einzelnen anderen dauerhaften Konsumgütern. Seit dem Sommer mußten die Papier- und Zellulosefabriken der nordischen Staaten, später auch die Österreichs ihre Produktion einschränken; die stark erhöhten Kapazitäten können nicht voll ausgenutzt werden. Der Nachfragedruck läßt aber auch in anderen Sparten nach. In Deutschland zeigt der Auftragseingang der Industrie — obwohl er noch immer hoch ist — eine deutlich fallende Tendenz. Im III. Quartal war er niedriger als ein Jahr zuvor.

Auftragseingang der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland

Quartal	1960	1961
	Umsatz 1954 = 100	
I.	190	203
II.	198	201
III.	205	194
IV.	211	

Q: Der Bundesminister für Wirtschaft, Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein gewisses Gegengewicht gegen diese Abschwächungerscheinungen bietet die aufsteigende amerikanische Konjunktur. Doch auch diese könnte

durch die Wiederkehr von Zahlungsbilanzschwierigkeiten ihren stimulierenden Effekt einbüßen. Wie schon gezeigt wurde, hat die Belebung in den USA eine Steigerung des westeuropäischen Exports ermöglicht. Die rasche Zunahme der amerikanischen Importe gefährdet aber die Zahlungsbilanzlage, die sich erst vor kurzem beruhigt hatte. Der Exportüberschuß sank von einer Jahresrate von 6,6 Mrd. \$ im I. Quartal 1961 auf 4,2 Mrd. \$ im III. Quartal; das Zahlungsbilanzdefizit erhöhte sich in der gleichen Zeit von 350 Mill. \$ auf 800 Mill. \$. Im III. Quartal betrug der Goldabfluß rund 140 Mill. \$. Die Bemühungen zum Schutze des Dollars werden sich daher wieder verstärken, teils durch Förderung der Exporte und eine weniger liberale Importpolitik, teils durch erneute Bestrebungen, die Auslandshilfe und Rüstungslasten stärker auf andere Länder abzuwälzen. Neben den Zahlungsbilanzsorgen erweist sich in der automatisierenden Wirtschaft der USA auch die Arbeitslosigkeit als hartnäckiges Problem. Die Zahl der Arbeitslosen fiel im Oktober saisongemäß auf weniger als vier Millionen, aber die saisonbereinigte Arbeitslosenrate beträgt unverändert nahezu 7%.

Schwächen der USA-Wirtschaft

Zeit	Zahlungsbilanzdefizit Mill. \$	Exportüberschuß Jahresraten in Mrd. \$	Arbeitslosigkeit Quartalsdurchschnitt 1 000 Pers.	Arbeitslosenrate in % Saisonbereinigt
1961 I. Quartal	350	6,6	5.528	6,8
II.	475	5,4	5.103	6,8
III.	800	4,2	4.589	6,9

Die Dämpfungerscheinungen in Westeuropa halten sich vorläufig in relativ engen Grenzen. Sie beschränken sich entweder auf einzelne Branchen oder sind so geringfügig, daß sie die noch immer starken Auftriebskräfte, die vom privaten und öffentlichen Konsum und im großen und ganzen auch von den Investitionen ausgehen, kaum beeinträchtigen. In den kommenden Monaten werden sie aber die Wirtschaftslage etwas labiler gestalten. Sollten sie in Zukunft stärker werden, wäre dies deshalb gefährlich, weil die gegenwärtige inflationäre Kosten- und Preissituation in den meisten Ländern eine expansionistische Wirtschaftspolitik erschwert.

Die Abschwächung der realen Wirtschaftsexpansion in Westeuropa hat nämlich bisher die Kosten- und Preisentwicklung nicht eingedämmt. Die hohen Profite der Vorjahre waren zu einer starken Kapazitätsausweitung verwendet worden, die einen akuten Arbeitskräftemangel nach sich zog. Da dieser Mangel auch durch die Anwerbung aus-

ländischer Arbeitskräfte nur teilweise ausgeglichen werden konnte, zogen die Löhne an oder Kapazitäten wurden ungenügend genützt. In beiden Fällen verschlechterte sich die Ertragslage. Zum Teil wird dadurch die Investitionsbereitschaft gedämpft, vor allem aber entsteht durch die Bemühungen, die früheren Ertragsrelationen wiederherzustellen, ein allgemeiner Preisaufrtrieb. Seit Jahresbeginn sind die Preise in fast allen Staaten stärker oder zumindest ebenso stark gestiegen wie im Vorjahr. Am

kräftigsten zogen die Preise in Norwegen, England und in Österreich an, wo das Preisniveau im Herbst um mehr als 4% über dem Vorjahresdurchschnitt lag; verhältnismäßig gering — um 1% bis 2% — stiegen die Preise in den Niederlanden und den USA. Die Aufgabe der Regierungen, die inflationistischen Tendenzen zu zügeln, ohne das Produktions- und Beschäftigungsniveau zu gefährden, dürfte sich in den kommenden Monaten etwas schwieriger gestalten

Die Preisentwicklung

Zeit	Österreich	Deutsch- land	Frankreich	Groß- britannien	Italien	Niederlande	Norwegen	Schweden	Schweiz	USA
Konsumentenpreise: 1960 = 100										
1961 Jänner	101 2	101 2	101 4	101 4	101 2	100 8	100 8	101 3	100 5	100 7
Februar	101 7	101 4	101 5	101 4	101 2	100 8	100 8	101 3	100 5	100 8
März	101 7	101 7	101 4	101 8	101 3	100 0	100 8	101 9	100 5	100 8
April	102 3	101 7	101 4	102 3	101 5	100 0	101 8	101 9	100 5	100 8
Mai	102 9	102 3	101 1	102 6	101 7	100 8	101 8	101 9	101 3	100 7
Juni	105 1	103 1	100 9	103 5	101 7	100 8	101 8	102 5	101 5	100 9
Juli	105 0	103 3	101 7	103 5	102 0	101 7	102 8	102 5	101 7	101 3
August	104 5	103 0	102 3	104 5	102 2	101 7	102 8	102 5	102 2	101 2
September	104 1	102 8	102 8	104 3	102 3	102 5	103 8	102 5	102 3	101 4
Oktober	104 2	102 9	103 9	104 3			104 6	102 5	102 8	